



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 29.10.2015

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Lug-info.com: Der Zeitraum für die Durchführung der örtlichen Wahlen in der LVR kann sich auf den Herbst 2016 verschieben, wenn die Oberste Rada der Ukraine nicht die notwendigen Änderungen in der Verfassung der Wahlgesetzgebung bis Ende der Herbstsitzungsperiode annimmt. Dies erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der Republik bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnogo.

„Es gibt die Wahrscheinlichkeit, dass wir im Frühjahr zur Frage der Fristen für die Durchführung der Wahlen zurückkehren. Wenn sie bis Ende der Sitzungsperiode die Frage der Verfassungsreformen nicht lösen können, dann bewegen sich automatisch bei uns die Fristen in den Herbst“, sagte er in Moskau auf einer Sitzung des russischen Komitees der gesellschaftlichen Unterstützung der Einwohner des Südostens der Ukraine.

Dabei erklärte Dejnogo, dass „die Verfassung der Ukraine eine Prozedur der Einführung von Änderungen in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen der Obersten Rada vorsieht“.

Nach den Worten des Bevollmächtigten der LVR verzögert die Ukraine den Prozess der Annahme von Verfassungsänderungen, die es erlauben würden örtliche Wahlen im Donbass durchzuführen.

Lug-info.com: Kiew weigert sich entgegen den Minsker Vereinbarungen Gefangene nach der Formel „alle gegen alle“ auszutauschen. Dies erklärte heute die Vertreterin der LVR in der Unterarbeitsgruppe der Kontaktgruppe zu humanitären Fragen und Gefangenenaustausch Olga Kobzewa.

Zuvor war heute in der von den Kiewer Truppen kontrollierten Stadt Stschatje von der LVR, DVR und Kiew einen Gefangenenaustausch durchgeführt worden, in dessen Verlauf die Vertreter der Republik der ukrainischen Seite neun Personen übergeben haben, Kiew hat 11 Gefangene frei gelassen.

„Die Verhandlungen sind schwierig. Die Ukraine weigert sich kategorisch Gefangene „alle gegen alle“ auszutauschen, wie das in den Minsker Vereinbarungen vorgeschrieben ist“, sagte Kobzewa. „Das ist damit verbunden, dass sie die Menschen aus politischen Gründen festhalten können und sie dann als Gefangene austauschen“, erklärte sie.

„Dennoch werden wir gemeinsam mit der DVR auch weiter auf einer Erfüllung der Vereinbarungen zum Austausch bestehen, wie dies im Maßnahmekomplex vorgeschrieben ist, das heißt „alle gegen alle“, unterstrich die Vertreterin der LVR.